

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 18

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis: M. 1.— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 6. Mai 1917
(Telephon: Nr. 174)

3 ferats kosten 50 Pfg. die einpaltige Postgele.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stell-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

31. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Der Mai der Verheißung. — Ausgelernte und Jugend-
liche hinein in unsern Verband. — Ein Reichsmonopol
für die Schuh- und Lederindustrie. — Gerichtliche Sanktion
des Streikbrecher-Voylotts. — Die Gewerkschaften über die
Streikbewegung. — General Croener gegen den Rüstungs-
streik. — Kurse für Kriegsbeschädigte in der Provinz
Dannover. — Kein Rüstung. — Gutachterkommission für
Schuhwarenpreise. — Staatliche Arbeitslosenunterstützung
in der Schweiz. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. —
Eingefandt. — Verbandsnachrichten. — Ehrenliste.
Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder:
Die Rehsellen der Frauenarbeit. — Ueber die Lage
der Handwebherinnen. — Die Nachtarbeit der Arbeiter-
innen. — Frauenkrankheiten. — Wie die Schlüsselblume
entstand.
Beilagen: Die Geschichte von Gummel.

Der Mai der Verheißung.

Feuer durchstürmt die Welt
Feid brennt an Feid
Haus loht an Haus
Welt über Berg und Tal hinweg.

So begann der Arbeiterdichter Alfons Verhald vor meh-
reren Jahren eines seiner schönsten Traumbilder. Noch lag
damals Europa furchtlich in seinem Frieden, doch züngelten
die gierigen Kriegskammen im Abendhimmel schon hoch empor.
Kampfbildungen erschütterten den Riesensitz der
mit Rüstungen überlasteten, in tiefe Konflikte verstrickten
europäischen Mächteallianzen, und der Eschenschild des Dicht-
ers konnte schon damals als drohende Zukunft künden,
was in kurzer Zeit Wirklichkeit ward. Seit fast drei Jahren
brennt in der höchsten entwickelten Weltteil, blühende Pro-
vinzen und in Schlachtfelder oder Wäldern verwandelt,
hunderttausende Männer sind hingemordet oder zu Krüppeln
geschossen, fast die gesamte weiserfähige männliche Bevölke-
rung ist täglich dem Tod vor Augen, zu dem Tausen von
Hüttenbewohnern gerückt, während die Bevölkerung „hin-
ter der Front“ ihre Wirksamkeit fast ausschließlich darauf
eingesetzt hat, die gewaltige Kriegsmaschinerie zu bedienen,
die seit beinahe drei Jahren das Leben der Völker beherrscht.

Wir können nicht sagen, daß wir dieses Verhängnis nicht
kommen sehen. Jahre vor dem Weltkrieg hat die Sozial-
demokratie in allen Ländern ihre besten Kräfte eingesetzt
zum Kampf gegen die zum Krieg treibenden Elemente, zur
Aufschiebung der Volksmassen gegen den Militarismus und
Imperialismus. Die Maidemonstrationen, die nationalen
und internationalen Konferenzen und Kongresse der Arbeiter-
parteien standen alleseits im Zeichen dieses Kampfes.

Woer zu schwach ist die wehende Faust
Und hinein in das Sprossen und Blüten
Braust mit niederbrechendem Auf
Faust mit triumphierendem Auf,
Feind jedem wirkenden Tun und Wahn
Der Tod — auf der Reichen und Reichtigen eiserne Gestalt.

Unter den Hufen des einherfahrenden Krieges schien
auch kein beständiger Gegner, die Internationale der Arbeiter-
klasse, völlig getrennt zu sein. Ihre stärksten Sektionen stiel-
ten sich — die einen freiwillig, die anderen mehr oder minder
gezwungen — in den Dienst des Krieges und ihre Führer
suchten hinter Deklamationen über die Pflicht der Landes-
verpflichtung zu verbergen, daß sie nicht nur das interna-
tionale Denken und Fühlen völlig verleugneten, sondern auch
den gewaltigen Problemen des imperialistischen Weltkrieges
vollkommen hilflos gegenüberstanden. Doch auch hier zeigte
sich bald die in den sozialen Verhältnissen wurzelnde Lebewei-
geit der sozialistischen Freiheits- und Friedensliebe. Diese
Idee rang sich schon am Ende des ersten Kriegsjahres bei
den vorgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zur Weltung
durch und bildete seitdem das Banner, um das die Arbeiter
aller Länder sich sammelten, die die Grundzüge der alten
Sozialdemokratie nach nicht zum „alten Banner“ geworfen
hatten.

Die geschichtliche Entwicklung steht auch im Kriege nicht
still. Gedacht als ein tödlicher Vorstoß gegen den Sozialis-
mus, als ein Akt der sozialen Gegenrevolution, hat der Welt-
krieg, nach vorübergehendem Erfolg, jene sozialen Kräfte erst
recht entfesselt, die zu ländern oder in andere Bahnen zu len-
ken seine Aufgabe war. Mit blühender Deutlichkeit hat die
russische Revolution aufgewiesen, daß der Krieg nicht geführt
werden kann gegen den Willen und ohne die hingebungsvolle
Mitwirkung der Arbeiterklasse, der wichtigsten Stütze der
Kriegsmaschinerie.

Die russische Revolution hat mit einem Schloge offen-
bart, daß der Riese Proletariat nicht tot ist, sondern zu neuem
Leben erwacht ist. Auf die Ideen des März folgten die Tage
des Mai. Auf die politische Revolution, die an Stelle des
zarischen Absolutismus die demokratische Republik gesetzt
und ihre Stöße nach allen Richtungen hin entfand,
folgt, eng verbunden mit ihr, der Kampf der russischen Ar-
beiterdemokratie für den Frieden und für radikale soziale
Reformen. Unser altes stürmerisches Rüstungsprogramm ist auf
die Tagesordnung gesetzt und zum Teil bereits in greifbare
Richtungen gerückt. Der Rüstungsboom wird auf die Forderung
der Arbeiterdelegiertenräte von den mächtigsten Unternehmer-
organisationen Rußlands angenommen und zum Teil bereits
eingeführt. Dem Militarismus wird durch das gemeinsame
Vorgehen der Arbeiter und Soldaten während und nach der
Revolution eine Stütze nach der andern entzogen. Und für
den Frieden unter den Völkern wird die ihre Regierung seit
im Sommer haltende revolutionäre Arbeiterklasse Rußlands
wie bisher noch keine Arbeiterklasse der Welt.

Unsere Hoffnungen, wie die Hoffnungen der ganzen Welt,
sind heute nach dem Osten gerichtet. Nicht aus passiver Hoff-
nungslosigkeit, nicht aus Zweifel an unserer eigenen Kraft.
Über eine junge Freiheit, ein junges freie Festen abstrei-
fendes Volk hat die bezaubernde Fähigkeit, alle Herzen für
sich einzunehmen, die Pulse höher schlagen zu lassen und aus
dem Wirrwarr der engen Tagesorgen die großen Ziele her-
vorzuheben, die allen aufstrebenden Klassen, allen Entertien
und Entrechteten zu eigen sind. So möge uns denn die ge-
waltige Bewegung im Osten die Verheißung bringen, daß
der Augenblick nah ist, wo der gewaltige Heerzug vorritt,
um für den Sieg der Demokratie und für den Frieden der
Welt zu wirken.
D. R. B.

Ausgelernte und Jugendliche hinein in unsern Verband!

Den jungen Leuten, die im Frühjahr als Schulabsolvente
Befreiung oder jugendliche Arbeiter werden und um deren
ferneres Schicksal sich auch die Gewerkschaften angelegenlich
bekümmern, stehen die Ausgelernten und die im gleichen Al-
ter stehenden ungelerten oder jugendlichen Arbeiter gegen-
über, die für die Gewerkschaften unmittelbare praktische Be-
deutung haben.

Diese Ausgelernten und Angelernten, diese jugendlichen
Arbeiter und Kollegen, füllen in Werkstätten und Fabriken
bedeutende Lücken aus; erheben in der Kriegszeit die zahl-
reichen erkrankten Arbeiter, die ihre friedliche und nützliche
Kulturarbeit verlassen und mit dem Militär- und Kriegsdienst
verlausen mußten. Die jugendliche Arbeiterkraft hat so
herausragende Bedeutung in der Zusammenfassung der Ar-
beiterkraft und zumeist in der Produktion und zwar die ju-
gendliche Arbeiterkraft beider Geschlechter. Die Jugend-
lichen machen heute einen großen Prozentsatz der gesamten
Arbeiterkraft aus. Die Jugendlichen und erwachsenen Ar-
beiterinnen bilden in manchen Betrieben die große Mehrheit
aller beschäftigten Arbeiter.

Auf sie ist zum Teil die Produktion, speziell die Technik,
eingesetzt und ebenso die Gestaltung der Arbeits-
verhältnisse, Arbeitsmaschinen, Werkzeuge, Einrichtungen
usw. sind vielfach den Belohnungen der Jugendlichen
und Arbeiterinnen angepaßt und so in den Betrieben manche
Veränderungen durchgeführt worden, die auf die Ansprüche
der Unternehmer an die Leistungsfähigkeit dieser Arbeiter-
kategorien, aber auch auf die Höhe des ihnen gezahlten Loh-
nes bestimmend einwirkten.

Die große Bedeutung, die die Jugendlichen heute für die
Produktion haben, besitzen sie auch für die Gewerkschaftsbe-
wegung. Sie sind es in der Hauptsache, mit denen der Be-

deraufbau, die Neuerungstarkung der durch den Krieg so em-
pfindlich geschwächten Gewerkschaften erfolgen muß. Die
Jugendlichen haben jene Mitglieder zu ersetzen, die der Krieg
den Gewerkschaften entzogen hat, sei es, daß sie im Kriege ge-
fallen oder infolge von Verwundungen oder Krankheiten ge-
storben sind; sei es, daß sie als Kriegsbeschädigte nicht mehr in
die Schuhindustrie zurückkehren können, sondern sich eine an-
dere Beschäftigung suchen müssen. Heute weiß kein Mensch,
wie viele oder wenige von den ausgezogenen Verbandsgemein-
den wieder in unsere Reihen zurückkehren, wieder in der
Schuhindustrie arbeiten werden. Und weiß auch nicht, ob die
Zurückkehrenden die alte solidarische Gesinnung bewahrt ha-
ben und wieder mit zurückbringen und betätigen oder ob bei
ihnen etwa eine Sinnänderung zugunsten der Gewerkschaften
eingetreten ist.

Die Zahl der zurückgebliebenen männlichen Arbeiter in
der Schuhindustrie ist stark zusammengeschrumpft; jene, die
in den sogenannten besten Kampfesjahren stehen, bilden wohl
ein kleines Häuflein. In den meisten von ihnen handelt
es sich um ältere Jahrgänge und hauptsächlich um die Ju-
gendlichen. Diese kommen für uns vor allem in Betracht,
denn auf ihnen beruht die nächste und fernere Zukunft unse-
rer Verbände, eine Tatsache, die natürlich für die ganze
Gewerkschaftsbewegung gilt. Die Jugendlichen haben also
nicht nur die Kriegsverluste an Gewerkschaftsmitgliedern zu
bedenken, sondern darüber hinaus auch den notwendigen neuen
Nachwuchs zu bringen, um unseren Verband wieder auf
neue Kräfte zu lassen und ihn so zu befähigen, die ihm ge-
stellten großen Aufgaben im Interesse der gesamten Arbeiter-
schaft der Schuhindustrie voll und ganz zu erfüllen.

Dabei muß sich zeigen, ob und mit welchem Erfolg unsere
Verbandsmitglieder in Fabriken und Werkstätten die Jugend-
lichen in gewerkschaftlichem Sinne beinzieht und wie ferner
in dieser Richtung die sozialdemokratische Jugendbewegung
gearbeitet haben. Die ausgezogenen jugendlichen Kollegen
sollten bereits so viel soziale Ausbildung und Erkenntnis be-
sitzen, daß nach der Beendigung ihrer Lehre der erste Schritt
in die Gewerkschaft sein sollte. Wir brauchen sie alle, wir
wollen und müssen sie haben und kreist sie nicht die eigene Ge-
kenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in unsere
Reihen, so müssen wir sie ihnen ausdrücklich nachherbringen
und sie für uns holen.

Diese Reorganisation der organisierten Arbeiterkraft ist
nicht nur eine unumgängliche Notwendigkeit für den Weiter-
bestand und für die Zukunft der Gewerkschaft, sondern auch
für das Leben und die Existenz der Arbeiterklasse. Die Ar-
beitsbedingungen, die die Jugendlichen in Fabriken und
Werkstätten vorfinden, sind die Entmenschenhaftesten und
heftigsten Kämpfe der Gewerkschaft, die sie während Jahr-
zehnten mit großen finanziellen und persönlichen Opfern ge-
führt hat. Diese Entmenschenhaftungen gilt es ebenso zu erhal-
ten im Sinne der Goethe'schen Worte:

Was du ererbst von deinen Vätern hast,
Erweibe es, um es zu besitzen.

Und sobald soll auf dieser Grundlage weiter gearbeitet, sollen
neue Fortschritte und Erfolge erstritten, die Arbeiterkraft
vornwärts und aufwärts gebracht werden. Dazu aber
brauchen wir alle Kollegen und Kolleginnen in den Schul-
stätten und Schuhmacherwerkstätten; dazu ist die Mitarbeit,
die gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit aller notwendig und
das umfänger, als der geschwächten Gewerkschaft erfasste
alte und starke neue Unternehmungsorganisationen gegenüber-
stehen.

Für die Gewerkschaft als Mitglied ist kein Arbeiter zu
gut oder zu wenig, es sind alle dazu brauchbar und befähigt.
Der Anschluss an die Gewerkschaft ist Pflicht der proletari-
schen Solidarität, es hat kein Arbeiter und keine Arbeiterin
das Recht, ihr fern zu bleiben, nicht das Recht, von den Re-
ben- und Mitarbeiterinnen die Gewerkschaftsarbeit verrich-
ten und Verbesserungen der Arbeits- und Lohnbedingungen
herbeiführen zu lassen und daran dann Anteil haben zu wol-
len. Es sollen vielmehr alle an dem Fortschritt und Aufstieg
aller mitarbeiten, alle fest mit zugreifen, dann wird es um
so schneller und bedeutender vorwärts gehen.

Das alte Arbeitererbgut der Alten wie der Jungen,
lautet immer noch:

Einer für alle
Und alle für einen!

Ein Reichsmonopol für die Schuh- und Lederindustrie.

Wie die Industriemänner sind auch sonst alle möglichen und unmöglichen Projektionen während der Kriegszeit offenbart worden, manche davon allerdings auch schnell wieder untergegangen. Jetzt macht in der Presse der Artikel eines Jungen in Berlin-Motzke die Kunde, der aus statistischen Gründen das Reichsmonopol für die Schuh- und Lederindustrie empfiehlt, das zugleich auch zur Versorgung von 100 000 Kriegsbekleideten Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren, sowie den hinterlassenen Witwen und Waisen von Gefallenen dienen sollte. Für das Reich sollte das Leder- und Schuhmonopol eine jährliche Einnahme von 840 Millionen Mark ergeben.

Die Zentralisierung der monopolisierten Schuh- und Lederindustrie deutet sich schon an: In der Schuh- (90 000 bis 100 000) und Leder- (50 000) Industrie sollen ca. 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sein. Wenn 33 v. H. dieser Arbeiterzahl durch Kriegswunden erlegt würden, so blieben 50 000 Mann unergreifbar.

Neuhen wir auf je 10 Arbeiter einen Kontrollunterbeamten, so ließen sich 15 000 kriegsverletzte Unteroffiziere (bis aufwärts zum Feldwebel) unterbringen. Auf je 5 Kontrollunterbeamten 1 Oberbeamten gerechnet — Stellenlagen, die durch Offiziere bis zum Hauptmann besetzt werden könnten ergäbe die Versorgung von 3000 kriegsverletzten Offizieren. Da die Verteilung und Abnahme sowohl der verschiedenen Hüte als der Bekleidung, des Leders an die Schuhfabriken und endlich der Stiefel und Schuhe an die Betriebsstellen wiederum eine Anzahl Beamte erfordert, so liegt hier eine weitere unheimliche Zahl von Beamten, für Offiziere geeignete Stellen schaffen. Die Versorgung von Offizierswitwen und -waisen, sowie der sonstigen Kriegserwitwen könnte auf folgender Grundlage geschehen:

Auf je 15 000 Einwohner eine Einzel-Betriebsstelle gerechnet, wurden sich bei einer Einwohnerzahl von 70 Millionen 4666 Einzel-Betriebsstellen ergeben, und bei 1. Proportionierung auf je 10 Einzel-Betriebsstellen wäre es möglich, über 5000 Offizierswitwen täglich zu versorgen, wie seit Jahren ein Teil der Vortier-Einnahmen für Offiziere u. d. Angehörigen werden ist. Da nur die Leistung der Betriebsstellen in Stunden der Offizierswitwen läge, zur Abfertigung der Käufer aber für jede Betriebsstelle: nach 2—3 Unterbeamten erforderlich wären, so ließen sich hier auf 4666 Betriebsstellen 12 000—15 000 Kriegserwitwen oder -waisen versorgen. Ferner wären Bekleidungs- und Reparaturstellen für Mannschaften einzuwickeln. Dadurch könnten, auf je 500 Einwohner eine solche Stelle gerechnet, 14 000 Kriegswunden versorgt werden, nachdem die Bewerbetenen vorher eine entsprechende Ausbildung durchgemacht haben. Natürlich wären die angeführten Schätzungen nur einen ungefähren Anhalt für etwa Erreichbares geben; genauere Untersuchungen für die Prüfung des ganzen Vorschlages müßten von berufener Seite gehalten werden.

Junge nimmt im Durchschnitt 1 Paar neue Schuhe pro Kopf und Jahr an und für die Einwohnerzahl von 70 Millionen im deutschen Reich 70 Millionen Paar Schuhe. Das Paar Schuhe oder 1 Paar sollte im Durchschnitt zu 6 bis 10 Mark bezahlet werden und für 25 bis 27 Mark an das Publikum verkauft werden. Für einen Monopolgewinn von durchschnittlich 12 Mark pro Paar ergibt sich die erwünschte Einnahme von 840 Millionen Mark und glatte Einnahmen für die Reichskasse zur Versorgung und Unterhaltung der kriegsverletzten. Die Unterbringung von Kriegsbekleideten in der Schuh- und Lederindustrie deutet sich bei der Junge so:

Versorgung von etwa 2000—4000 kriegsverletzten Offizieren,	
15 000 kriegsverletzten Unteroffizieren	50 000
Mannschaften,	5 000
Offizierswitwen und -waisen,	30 000
Mannschaftswitwen u.	

Die Unterbringung dieser Klassen müßte selbstverständlich die Entlohnung von ebensolchen Arbeitern, Beschäftigten, Berufsaufrechten, Schuhfabrikanten usw. zur Folge haben, nach dem alten Sprichwort: „Des einen Brot ist des andern Lob.“ Dabei nimmt der Junge es offenbar auch sehr leicht mit der Wertminderung durch Offiziere, dermaßen es in der Fabrik weniger als das militärische Kommando als auf die technischen Sachverhalte ankommt.

Die Fabrikantenpreise sprechen sich selbstverständlich gegen das Junge die Doppelmonopol von privatrechtlichen Standpunkten aus, der nicht der untrügliche ist. Zu sagen ist, daß tatsächlich von der neuen Organisation der deutschen Schuhindustrie mit der Zusammenlegung der Betriebe zu ihrer Zentralisierung nur ein kleiner Schritt wäre. Aber wir sind nicht für ein solches statistisches Monopol, da die Finanzbehörden des Reiches durch dieses Einkommens- und Vermögenssteuern wie durch eine trügliche Schlüsselsteuer gedeckt werden sollen. Aber auch sonst dürfen die deutschen Schuh- und Lederfabrikanten wegen der „Monopolgewinne“ nach lange ruhig schlafen.

Gerichtliche Sanktion des Streikbrecher-Bohotts.

Wenn die Arbeiter irgendwo mit Streikbrechern nicht zusammenarbeiten wollen, so ist darüber soll die ganze bürgerliche Gesellschaft in große Aufregung geraten oder sie hat wenigstens in dieser Zeit das notwendige Zwangs-Schlichtungsgericht, das immerzu von der organisierten Arbeiterschaft mit allen Mitteln energisch bekämpft werden ist, in einem solchen Falle entstehen, das die Arbeiter mit dem Streikbrecher abgerechnet haben.

Man hat von dem Fatalismus der Marxschen Lehre gesprochen. Das ist so eine Redensart, die neuerdings aufkommen ist. Die Marxsche Lehre, welche die ebernen Entwicklungsgesetze in ihrem Wesen und an der Arbeit zeigt, betrachtet das Individuum als einen Teil der menschlichen Gesellschaft. Die Marxsche Theorie des Individuums (Freiheit, Arbeit, freien Konkurrenz) geht über das Individuum hinweg; ob der Junge Mensch Künstler ist, seiner Begabung nach, ob Wissenschaftler, ob Gelehrter, ob er Schneider ist — einerlei: da ist die ebene Marxsche Theorie freien Konkurrenz und des heutigen Kapitalismus; er muß in die Fabrik, in den Frondienst des Kapitals, in die Zuchtstätte. Da wird er nicht individuellisch erogen; da werden die Kinder nicht, wie wir es bezwecken, in die Lage gebracht, all ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Nein, da ist es die ebene Marxsche Lehre, unter die alles gebracht, von der alles plattdrückt wird. Fürwahr, Marx weiß so gut wie einer von Ihnen, daß wahrlich besser als einer von Ihnen, daß auch der Mensch ein Faktor ist in der Entwicklung, und daß ohne die Menschlichkeit und Menschenindividualität ein Fortschritt nicht möglich ist. Aber die Kraft des einzelnen Menschen, die Kraft einer Gruppe von Menschen kann den Entwicklungsprozess nicht entgegenhalten; sie muß haben ein vernünftiges Ziel, mit Benutzung derselben, im Einklang mit ihnen. Das ist es, was er gemeint hat. Daß das Individuum mit verdrängten Armen an dem Baum der historischen Entwicklung stehen und wie hypnotisiert hinaufschauen soll, bis die Birnen des „Zukunftstaats“ reif sind und von selbst — wie im Schwarzen — ihm in den Mund fallen — wie ein solches Wahn mag wohl dieser und jener sich erlauben haben — ich will hier nicht anspielen werden; aber ein Marx hat solche und ähnliche Gedanken nie gehabt. Er hat den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung stets betont; er hat verlangt, daß der Baum der Entwicklung von den Menschen gepflügt und gesäubert werden soll.

Wilhelm Liebknecht:
Man hat von dem Fatalismus der Marxschen Lehre gesprochen. Das ist so eine Redensart, die neuerdings aufkommen ist. Die Marxsche Lehre, welche die ebernen Entwicklungsgesetze in ihrem Wesen und an der Arbeit zeigt, betrachtet das Individuum als einen Teil der menschlichen Gesellschaft. Die Marxsche Theorie des Individuums (Freiheit, Arbeit, freien Konkurrenz) geht über das Individuum hinweg; ob der Junge Mensch Künstler ist, seiner Begabung nach, ob Wissenschaftler, ob Gelehrter, ob er Schneider ist — einerlei: da ist die ebene Marxsche Theorie freien Konkurrenz und des heutigen Kapitalismus; er muß in die Fabrik, in den Frondienst des Kapitals, in die Zuchtstätte. Da wird er nicht individuellisch erogen; da werden die Kinder nicht, wie wir es bezwecken, in die Lage gebracht, all ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Nein, da ist es die ebene Marxsche Lehre, unter die alles gebracht, von der alles plattdrückt wird. Fürwahr, Marx weiß so gut wie einer von Ihnen, daß wahrlich besser als einer von Ihnen, daß auch der Mensch ein Faktor ist in der Entwicklung, und daß ohne die Menschlichkeit und Menschenindividualität ein Fortschritt nicht möglich ist. Aber die Kraft des einzelnen Menschen, die Kraft einer Gruppe von Menschen kann den Entwicklungsprozess nicht entgegenhalten; sie muß haben ein vernünftiges Ziel, mit Benutzung derselben, im Einklang mit ihnen. Das ist es, was er gemeint hat. Daß das Individuum mit verdrängten Armen an dem Baum der historischen Entwicklung stehen und wie hypnotisiert hinaufschauen soll, bis die Birnen des „Zukunftstaats“ reif sind und von selbst — wie im Schwarzen — ihm in den Mund fallen — wie ein solches Wahn mag wohl dieser und jener sich erlauben haben — ich will hier nicht anspielen werden; aber ein Marx hat solche und ähnliche Gedanken nie gehabt. Er hat den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung stets betont; er hat verlangt, daß der Baum der Entwicklung von den Menschen gepflügt und gesäubert werden soll.

meiner Gesellschaftsauffassung ungebührlich benommen haben. Trotz einer ausführlich begründeten Verwarnung durch die Unternehmerorganisation fällt das Amtsgericht die Entscheidung, daß die Arbeiter in ihrem guten Rechte gewesen sind, als sie die Arbeit verweigerten. Man dürfe den Arbeitern nicht zumuten, mit einem Manne, der sich so scholisch aufgeführt hat, zusammenzuarbeiten. In der Urteilsbegründung heißt es: „Das Arbeitsgericht hat die Auffassung, daß die öffentliche Meinung in unserer Gesellschaft den organisierten Arbeiter nicht in Schutz nehmen kann, der während eines Kampfes aus den Reihen bricht und die Organisation verläßt. Sein Benehmen muß nicht nur von den organisierten Arbeitern, sondern auch von anderen Gesellschaftsklassen getadelt werden, die den Organisationsgebunden ergriffen haben, um ihre Interessen zu fördern und im allgemeinen in der Organisation ein natürliches und notwendiges Glied im Gesellschaftsleben unserer Zeit leben. Liegen nicht besonders einschneidende Verhältnisse vor, dann muß die öffentliche Meinung es als nicht zureichend empfinden, wenn ein Mitglied einer Organisation während eines Konfliktes die Arbeit verweigert und damit seine Organisation in ihrem Kampfe behindert. Ein solcher Mann hat die für alle Organisationen notwendige Disziplin gebrochen und es ist ein Ausschlag des natürlichen und verständlichen Bewußtseins, daß die, welche mit ihm im Kampfe für eine gemeinsame Sache standen, nicht mit ihm zusammenarbeiten wollen noch können, gerade als ob nichts geschehen wäre. Die Arbeiter haben eine berechtigende Forderung auf eine Entscheidung und Ordnung ihres Verhältnisses zu einem solchen Manne, bevor sie ihn wieder als ihren Arbeitskameraden anerkennen können.“

Dieses notwendige Gerichtsurteil zur Verurteilung des Streikbrechermonats und zur rückhaltlosen Anerkennung

der gewerkschaftlichen Solidarität ist von höchstem Werte für die gesamte internationale Rechtssprechung auf diesem Gebiet, die gesamte internationale Rechtssprechung auf diesem Gebiet.

Die Gewerkschaften über die Streikbewegung.

Antwortschreiben an Groener und Hindenburg.
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat an den Chef des Kriegsamtes, Herr Generalleutnant Groener, folgendes Schreiben gerichtet:

Im. Ergelung
Wir danken Sie für die Übermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitsentlassungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherung des Reiches stehen an erster Stelle. Nach alle. Rundfragen der Gewerkschaften Deutschlands unterlegt es für politisch reife Menschen keinen Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands um einen baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitseinstellung von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgehäuft. Das Ungeheuerliche, was Menschenhirn sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen heringebrochen. Nur ein herzlicher, gemeinsamer Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu versorgen.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Überzeugung auch die Bevölkerung, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Unferneits wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unerantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise mit ganz vereinzeltem Erfolg, versucht worden, die Arbeitseinstellungen der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienlich zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß; er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die beklagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Rüstungsmittel in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitseinstellungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Rationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Nahrungsmittel zu reicherer Erhaltung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schleunigt herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtlosigkeit und dem dem zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentliche Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Berücksichtigung ihrer Leistungen finden. Ungerechtes Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unwürdige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Besuche, die durch das Fehlen der Arbeitseinstellung zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Mißstimmung und steten Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigestellt, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu schweren Kämpfen führten, und die auch jetzt unangenehme Reaktionen hervorgerufen. Hier eine Änderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Herrschaftsweltung nachdrücklich entgegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unseren Bande verdingen, die durch willkürliche Verabminderung der Leistung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der andern Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Soldaten zu erhalten.

berde für
in Gebiet,
3
die
Schwaben
Meinung
es Herrn
teilenden
einer
Stunde
Reichs
die Weg-
Reisen
den nur
ns einen
Erkennt-
Richtig
Söhnen
en fern-
läßmen.
), unter-
gehende
sich-bei-
ns Kenn-
ori Län-
erfolgt.
ken We-
r unter
rd alles
ken und
eile mit
beitsein-
littlichen
badiger
wie in
in Bolte
Das Be-
Krieges
Klerung.
Kreife,
der zur
einkeiten
fön-
Riffstän-
würden.
Arbeits-
nahmen
t. Den
che läßt
g große
atomien
Be-
Diese
konkre-
Bau-
langen,
teilung
führen,
lungen
n Aus-
Kroß-
ng der
e und
Erfolge
Grund
ommen
eignet
aufom-
Berti-
bung,
g unter-
rlichen
Durch-
he, die
Rechte
g große
Leber
ntrie,
bt vom
nanti-
g und zu
gefesht
gäufig
st an
h Die-
nanti-
gamt.
Auf
as er-
gäuf-

In Werden die Wünsche mit dem festen Ernst, den die ge-
genwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird
unter beachtliches Wohl auch diese schwersten Wochen des furcht-
baren Weltkrieges bestanden.
Ein. Ezzelleng bitten wir, dem Herrn Generalstaatsmar-
schall von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

- Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
L. Begien.
- Bundesverband der christlichen Gewerkschaften
Franz Behrens.
- Bund der deutschen Gewerkschaften (H.-D.)
Custaw Hartmann.
- Polnische Berufsvereinigungen
Kjmer.
- Arbeitsgemeinschaft für die landwirtschaftlichen Verbände
Dr. Köhler.
- Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Anstelltenrecht
Kupffner.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände
Dr. Höfle.

General Broener gegen den Rüftungsfreist.

Die Beratungen im Hauptauschuss.
In der Donnerstags-Sitzung des Haupt-Ausschusses
des Reichstags erklärte im Anschluß an die Ausführungen eines
sozialdemokratischen Abgeordneten, der ebenso wie andere
Mitglieder die Streiks der Rüstungsarbeiter verurteilte, der
Chef des Kriegsamts Eggzelleng Gröner:
"Es hat mich gefreut, daß der Vorrat der Rüstungs-
freis verurteilt hat, aber er hätte weiter gehen können.
Nicht nur längere Streiks sind er verboten, sondern überhaupt
der Streik, und wenn er nur drei Stunden dauert! Wir
wünschen unsere Produktion mit allen Mitteln steigern, und so
lange ein Arbeiter nur die mindeste Kraft in sich hat, hat er
die moralische Pflicht, diese Kraft dem Vaterlande zur Ver-
fügung zu stellen.
Wie war denn die Sache mit dem Streik in der vorigen
Woche? Nach dem langen Winter, den wir hinter uns
haben, nach der Kälte verfiel ich durchaus die Depression,
in der sich die Arbeiter befinden oder in die sie fallen, als
wenn sie die Herabsetzung der Brotportion einträt. Es ist ein
sehr bedauerliches Zukunftsereignis, das gerade in dem Mo-
ment, wo die arbeitenden Menschen wieder aufatmen, diese
Maßregel kommen mußte. Ich verstehe, daß eine gewisse
Moralität in der Arbeiterschaft hineinkommt, um so mehr, als
je solche Zugaben, die auf dem Gebiet der Lebensmittelerfor-
derung gemacht worden waren, nicht in Erfüllung gehen konn-
ten. Ich stehe nicht an, das hier zu erklären, denn es trifft
ja, daß es an vielen Stellen nicht gelungen ist, die in gutem
Maße gemachten Zugaben zu erfüllen. Wir leiden ja noch
immer darunter. Aber die Arbeiter müssen auch einsehen,
daß bei der ungewöhnlichen Schwierigkeit der ganzen Materie
auch hier und da solche Differenzen ergeben. Man muß es
sagen, und man muß sie darüber eingehend aufklären.
In diese Depression hinein kam plötzlich - ich will nicht
sagen woher - der Ruf: Wir müssen der Regierung zeigen,
daß sie verfaßt hat, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, wir
wollen demonstrieren, wir wollen am 16. streiken. Dieser
Schritt ging wie ein Donnerschlag durch die Fabriken. Ich
habe Briefe von Arbeitern bekommen, die die Sache beschrie-
ben. Niemand wußte recht, woher die Sache kam. Es war
von Boden bereit für eine Massenagitation. Nun habe ich
die Sache wenig tragisch aufgenommen aus dem einfachen
Grunde, weil ich für mich aus psychologischen Dingen erklä-
ren kann. Am 16. sollte gestreift werden. Ich habe für meinen
Teil bei den leitenden Persönlichkeiten immer darauf ge-
achtet, nun sofort mit strengen Maßregeln vorzugehen, weil
die Agitation war, man tut ganz gut, das Bewußtsein ein-
mal zu öffnen und die Stimmung abbläuen zu lassen. Der
Streik trat ein. Die Leute waren durchaus vernünftig. Sie gin-
gen heraus aus den Fabriken. Sie wußten selbst nicht recht,
was sie wollten.
Ich habe hier einen Brief liegen, den ich erst heute vor-
lesen darf, in dem ein Arbeiter mir schreibt: 'Ja, wir ha-
ben gestreikt, warum sollen wir denn eigentlich streiken? Wir
sind eigentlich gar nicht streikend. Warum sollen wir es
tun? Warum sollen wir heraus aus den Fabriken? Am 16.
aber 10 Uhr früh, riefen einzelne Leute in den Fabriken:
'Aber heraus aus der Fabrik, Leute! Einige nutzte
den jungen da, aus welchem Grunde und zu welchem
Zweck? Sie erhielten keine Antwort. Ab und zu wurde ge-
antwortet: 'Du hast doch Hunger, du sollst zeigen, daß du
Hunger hast.'
Das war die Leberung am 16. Auch am 17. zeigte sich
bei den Arbeitern viel Bestimmtheit. Laufende gingen
aus in den Gewerkschaften, gut geübt, und machten sich ein-
mal guten Tag. Ich hätte gar nichts dagegen einzuwenden
von meinem Standpunkte aus. Unterdessen hatten die Ge-
werkschaften, denen vorher der Massenagitation gegenüber
ein wenig nicht ausreichend möglich war, die Leitung der
Sache in die Hand genommen, und es wurde beschlossen, am
17. am anderen Tage, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das
geschah auch in zahlreichen Betrieben.
Es dahin hätte ich die Wiedereingabe der Produktion durch-
geführt zu lassen, um eben einmal den Arbeitern Ge-
legenheit zu lassen, sich aus dieser Depression zu erholen.
Aber es trat aber eine ganz scharfe Wendung in der Sache ein.
Die Arbeiter ab traten politische Dinge in den Vorder-

grund und damit hätte die Gemütsfreiheit der Sache auf, das
muß ich ganz scharf erklären.

Und woher rührten die politischen Dinge? Ihnen allen
ist das Leipziger Programm und das ganz unerschämte Te-
legramm an den Reichsfanzler bekannt. Der Inhalt ist eine
ganze Reihe politischer Forderungen, Wahlrechtsforderungen,
vor allem aber zum Schluß Einsetzung eines Arbeiterrates
nach russischem Muster, und zu dem Zwecke sollte der Reichs-
kanzler eine Deputation empfangen. Das war toll, mehr als
toll! Und diese politischen Momente sind hierher getragen
worden, sind in die deutschen Waffen- und Munitionsfabri-
ken hineingetragen worden und die Unerschämtheit und Gut-
mütigkeit und Ehrlichkeit der Arbeiter ist mißbraucht wor-
den. Wir haben auch Beweise, daß aus dem Zustand Agi-
tationsmaterial hereingeschmuggelt wurde. Es sind solche
Schmuggelware in unsere Hände gefallen. Lieber die Logik
solcher Agitationsmaterialien brauche ich kein Wort zu ver-
lieren.

Nun halte ich es doch für nötig, gerade am heutigen
Tage noch einige Worte zu sagen und meine persönliche Auf-
fassung für die Zukunft Ihnen darzulegen. Es wird morgen
nur ein Aufruf an die Rüstungsarbeiter in ganz Deutsch-
land verbreitet werden. Ich verlange, daß die Streiks auf-
hören! Es gibt keine Streiks mehr, und wir werden rüd-
sichtlos gegen die Drahtzieher vorgehen. Und wir werden
diese politischen Landesverräter treffen mit der ganzen Macht
des Gesetzes.

Kurse für Kriegsbeschädigte in der Provinz Hannover.

Aus dem Landesverbande entlassene Kriegsbeschädigte
Schuhmacher, die für den Wehrdienst nicht in Frage
kommen, und nun die Arbeit haben, die Meisterprüfung
abzugeben, finden in den Meisterkursen der Provinz Hannover
Gelegenheit zur Ausbildung.
Der Lehrstoff umschließt alle einschlägigen Arbeiten,
praktisches Arbeiten, Musterzeichnen und Zuschneiden,
Rechnen und Kalkulation, schriftliche Arbeiten, Durchführung,
Geisteskunde und Volkswirtschaftslehre, Genossenschafts-
wesen.
Geplant sind Volkskurse von 8 Wochen und Teilkurse
von 2 und 4 Wochen. Die Volkskurse für Schuhmacher
finden statt vom 20. August bis 13. Oktober (Melbungen bis
1. August 1917), vom 22. Oktober bis 15. Dezember
(Melbungen bis 1. Oktober 1917) und vom 2. Januar 1918
bis 2. März 1918 (Melbungen bis 10. Dezember 1917).
Die Teilkurse für Schuhmacher werden vom 18. bis
30. Juni 1917 abgehalten (Melbungen bis 15. Mai 1917).
Aufnahme finden Gesellen oder Meister, welche nicht
unter 24 und nicht über 45 Jahre alt sind. Die Teil-
nehmerzahl ist beschränkt.
Das Unterrichtsgeld beträgt für die Volkskurse 30 Mk.,
für die Teilkurse 5 Mk. Den Teilnehmern, die aus eigenen
Mitteln die Kosten nicht bestreiten können, können Stipendien
bis höchstens 160 Mk. für 8 Wochen gewährt werden. Die
Materialien werden geliefert.
Im Bedarfsfalle werden außerdem Zuschüsse ge-
währt, auf Grund der Bestimmungen über die Kosten der
Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Hannover. An-
meldungen sind rechtzeitig unter Vorlegung eines ausge-
füllten Fragebogens an die Leitung der Meisterkurse,
Hannover, Neuenweg 3 a zu richten.

Rein Hüfung.

Im Lande Fris Reuters ist am 4. April d. J. von
der Zivilkammer des Landgerichts Nostod ein Urteil ge-
fällt worden, das in weitesten Kreisen höchstes Befremden
auslösen wird. Ein Kriegsteilnehmer, dem infolge Ver-
wundung ein Bein in der Mitte des Oberschenkels ab-
genommen worden ist, hatte bei seinen Eltern Unterkunft ge-
funden und beschäftigt, solange bei ihnen zu bleiben, bis
er eine passende Erwerbsstellung gefunden hätte. Sein
Vater ist Milchschaffer auf dem Rittergute Tangrin in
Westenburg, Besizer Dr. phil. Pander, und hat eine Gut-
wohnung auf Grund seines Dienstvertrags inne.
Nach mehrmonatigem Aufenthalt bei seinen Eltern
wurde der Kriegsinvalide von dem Gutsherrn aufgefordert,
die Wohnung und das Gut zu verlassen. Als er der Auf-
forderung nicht folgte und auch die Anrufung des Nitter-
schaftlichen Polizeiamts nicht zum Ziel führte, erhob
Dr. Pander Klage beim Amtsgericht in Gronien mit dem
Antrage, dem Kriegsinvaliden bei Androhung einer Geld-
strafe den Aufenthalt bei seinen Eltern und auf dem Gute
Tangrin zu untersagen, begleichen den Vater zu ver-
bieten, seinen Sohn länger bei sich aufzunehmen.

Das Amtsgericht wies die Klage ab. Es stellte
sich auf den Rechtsstandpunkt, daß der Vater seinen in-
validen Sohn unbedenklich in der ihm auf Grund des
Dienstvertrags zustehenden Wohnung zum Besuche auf-
nehmen könne, so lange er wollte.
Gegen dies Urteil legte Dr. Pander Berufung ein
und die Zivilkammer des Landgerichts Nostod hat nun das
amtsgerichtliche Urteil aufgehoben und 'für Recht erkannt':
"Die Beklagten werden bei Verurteilung einer Geld-
strafe von drei Wochen für jeden Fall der Zu-
rückverhandlung verurteilt, der Beklagte zu 1.) es zu unter-
lassen, den Beklagten zu 2.) ferner bei sich aufzunehmen,
der Beklagte zu 2.): es zu unterlassen, noch ferner auf
dem Gute Tangrin, insbesondere in der Wohnung seines
Vaters zu wohnen."

Das Urteil sagt zur Begründung: Die Einkommens-
der Dienstwohnung gab nach Frau und Glauben dem Be-
klagten zu 1.) wohl das Recht, seine Ehefrau und seine
Kinder, soweit sie minderjährig oder sonst hilflosbedürftig
sind, dauernd bei sich aufzunehmen. Dagegen steht es ihm
keineswegs frei, jeden, den er will und solange es ihm ge-
fällt, bei sich zu beherbergen. Der Beklagte zu 1.) mag
daher, solange sein Sohn infolge der Kriegsdienstbeschä-
digung hilflosbedürftig war und besondere Pflege bedurft,
vertraglich berechtigt gewesen sein, ihn bei sich aufzunehmen.
Nachdem inzwischen jedoch fast zwei Jahre verstrichen sind
(der Rechtsstreit hat länger als ein Jahr gedauert. Red.),
liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor. Danach ist
jedenfalls jurgit das Verlangen des Klägers berechtigt
und die Beklagten können nicht beanspruchen, daß dem
Beklagten zu 2.) der Aufenthalt noch weiter solange ge-
staltet werde, bis sich eine ihm zuzulassende Stellung biete.
Das Urteil des Landgerichts Nostod, das noch gar
- unzulässigweise - Haftstrafe - androht, wo der
Klageantrag nur auf Geldstrafe lautete, wird sicher bei
unsern Feldgrauen recht gemißte Gesichte hervorrufen.
Dem allgemeinen Rechtsbewußtsein entspricht jedenfalls die
Rechtsauffassung, welche das Amtsgericht seinem Urteil zu-
grunde gelegt hatte, nicht die des Landgerichts. Leider ist
das Urteil des letzteren als rechtskräftig hinzunehmen, da
es dagegen kein Rechtsmittel mehr gibt.

Gutachterkommission für Schuh- warenpreise.

Bekanntmachung betreffend besondere Zuteilung von Schuh- überleder für Lederkleinbändler.

1. Sämtliche Schuh- und Schäftemacher, die bis zu
10 Arbeiter einschließlich Meister beschäftigen und im Jahre
1913 in der Hauptsache ihren Bedarf bei Hersteller, Groß-
händlern oder Schäftfabrikanten gedeckt haben, müssen bei
der Kontrollstelle für freigegebenes Leder einen Antrag auf
Einsendung eines Meldebogens stellen.
2. Auf diesen Meldebogen sind die von dem be-
treffenden Betriebe beim Hersteller, Großhändler oder
Schäftfabrikanten im Jahre 1913 bezogenen Mengen an
Schuh-Überleder und Schäften einzutragen. Auf dem
Meldebogen ist außerdem die Verzeichnung des Lieferanten
über die Richtigkeit der Angaben beizufügen.
3. Die Schuh- und Schäftemacher müssen sich unter
Abgabe des vom Lieferanten bestätigten Meldebogens bei
einem Lederkleinbändler oder einer Schuhmacher-Rohstoff-
genossenschaft, von denen sie in Zukunft ihr Überleder zu
beziehen wünschen, in eine Kundeneinschreibungsliste ein-
tragen lassen.
4. Die Lederkleinbändler bzw. Schuhmacher-Roh-
stoffgenossenschaften haben eine in zweifacher Ausfertigung
angefertigte Abschrift der Kundeneinschreibungsliste nebst
den erhaltenen Meldebögen der Kontrollstelle einzusenden.
Auf der Einschreibungsliste ist die Gesamtbezugsmenge
jedes einzelnen Kunden ohne Rücksicht auf die im Melde-
bogen angegebenen Leberarten einzutragen. Ebenfalls ist
anzugeben, in welcher Leberart Zuteilung erwünscht ist, die
nach Möglichkeit stattfinden wird.
5. Auf Grund dieser Einschreibungsliste wird die
Kontrollstelle eine besondere Zuteilung an die betreffenden
Lederkleinbändler und Schuhmacher-Rohstoffgenossenschaften
nach Maßgabe der jeweilig zur Verteilung gelangenden
Quote vornehmen und darüber eine entsprechende Leber-
karte ausstellen. Eine Ausfertigung der Einschreibungsliste
wird den Lederkleinbändlern bzw. Schuhmacher-Rohstoff-
genossenschaften mit der Angabe, welcher Teil der auf der
Leberkarte verzeichneten Gesamtmenge auf jeden einzelnen
Kunden entfällt, zurückgegeben werden.

Berlin W 66, den 23. April 1917.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder.

Staatliche Arbeitslosenunter- stützung in der Schweiz.

In der Schweiz haben bis jetzt nur 6 von 25 Kantonen
und verschiedene Stadtgemeinden Beiträge an die gemein-
schaftliche Arbeitslosenunterstützung geleistet. Die Kantone
Genève und Valais haben ganz nach dem Genèr System, die an-
deren vier Kantone und die verschiedenen Gemeinden nur
zum Teil. Der Bund drückt sich bisher aus kapitalistisch-
klassenpolitischen Gründen vollständig von einer solchen Bei-
tragsleistung, obwohl sie wiederholt von der Arbeiterschaft
und ihren Vertretern in der Bundesversammlung gefordert
worden ist. Vor Jahren wurde ihm auch in einem von
Bundesrat selbst verlangten Mandat des bürgerlichen De-
mokraten Dr. Hoffmann in Bräunlingen empfohlen und zwar
nach dem Genèr System, aber ebenfalls abgelehnt. Nur
zur finanziellen Unterstützung der formidablen Arbeitslos-
weise ließ sich damals der Bund herbei, für welchen Zweck
seitdem jährlich 40 000 Fr. bis 50 000 Fr. aufgewandt wer-
den. Jetzt endlich will nun auch der Bund an die gemein-
schaftliche Arbeitslosenunterstützung etwas beitragen und
zwar aus dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuer, welcher Ge-
winnste durchwegs nicht über 10% betragen und zwar schon
für das Jahr 1916. Von der Kriegsgewinnsteuer aus diesem
Jahre werden auch dem begünstigten Beschäftigten des Bundes

raus 8 Millionen Franken zur Schaffung eines Fonds für Arbeitslosenfürsorge genommen. Für das Jahr 1916 wird zur Kriegsgeldsteuer ein Zuschlag von 20 Prozent für jeden Zweck erhoben und 1917 wird berechnet, daß so der Arbeitslosenfonds auf 10 Millionen Fr. wird gebracht werden können. Aus diesem Fonds geschieht der Bund während der Dauer des Krieges und der durch den Krieg verursachten außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Beiträge an die Kosten der Arbeitslosenfürsorge, d. h. an die Leistungen, die von den Kantonen, Gemeinden oder „gemeinnützigen Unternehmungen“ zur Wahrung der Folgen unerschütterter Arbeitslosigkeit gemacht werden. Hoffentlich zählt der Bundesrat auch die Gewerkschaften zu den gemeinnützigen Unternehmungen, die an ihre Arbeitslosenunterstützung Beiträge erhalten. Aus dem genannten Fonds können auch Beiträge für die Linderung des Notstandes geleistet werden, auch wenn ein solcher nicht auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Die Grundzüge für die Gewährung von Beiträgen sollen durch eine besondere Verordnung geregelt werden.

Die Gewerkschaften hätten Bundesbeiträge verlangt für die Zeit des Krieges. Der erwähnte Dr. Hofmann kam in einem Gutachten, das der Bundesrat von ihm verlangte, zu einem ablehnenden Vorschlag aus folgenden Gründen und der Bundesrat akzeptierte ihn. Dagegen, bewilligte der Kantonalrat in seinem Gebiet bestehenden Gewerkschaften Staatsbeiträge von 33 803 Fr. für 1914, 31 421 Fr. für 1915 und für das Jahr 1916 hat er 25 000 Fr. ins Budget pro 1917 aufgenommen. Es nimmt also nur auf den guten Willen der Arbeitgeber an, ob an die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung Staatsbeiträge geleistet werden oder nicht, an der Möglichkeit dazu liegt es nicht. Daß die sozialistischen Schachtmacher mit der „Schweiz. Arbeiter-Zeitung“ an der Spitze die staatliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosen bekämpfen, ist selbstverständlich. Das ist ihr brutaler Klassenegoismus, an dem sich aber eine Regierung, wenn sie nicht eine völlig einseitige Klassen- und Parteiregierung sein will, nicht ausschließlich setzen muß. Ein wesentlicher in der demokratischen Republik, die sonst zum Spitzgebilde aller Sozial- und Gerechtigkeitsdenker wird.

Erhöhung der Schulpresse. Die kleinen Schulpapierfabriken in Holland werden also ihre reichen Kriegsgewinne weiter vermehren.

Mitteilungen.

Berlin. Am Mittwoch fand eine Generalferversammlung statt. Den Geschäftsbericht über das erste Quart. I erstattete Samacher. Verschiedene Differenzen wegen Zahlung der Teuerungszulage in der Schuhindustrie wurden erledigt. Eine Differenz in einem Betriebe habe mehr prinzipielle Bedeutung gehabt. Es handelte sich um den Versuch der Firma Säger und Stochwald, bei Einführung des freien Sonntagsabendnachmittags die Arbeitszeit an den anderen Wochentagen zu verlängern, und zwar von 9 Stunden auf 9 1/4 Stunden. Die Firma habe in einem Teil des Betriebes für die anderen Wochentage die Arbeitszeit auf 9 1/4 Stunden festgesetzt. In einem anderen Teil des Betriebes habe die Regelung die organisierten Arbeiter abgelehnt, so daß dort 9 Stunden weiter gearbeitet wurde; auf diese Weise war der Arbeitslohn im Betriebe ein verschiedener. Der Verband stehe auf dem auf Verbandstagen festgelegten prinzipiellen Standpunkt, daß auf keinen Fall die tägliche Arbeitszeit über 9 Stunden hinaus ausgedehnt werden dürfe wegen Einführung des freien Sonntagsabendnachmittags. Weil die Einführung Wante es sich nur um eine Verklüftung der wöchentlichen Arbeitszeit handeln, die in Berlin 5 Stunden betrage. Deshalb sei die Organisation im vorliegenden Falle eingeschritten. Die Firma habe denn auch im Gesamtbetriebe für die ersten fünf Wochentage die wöchentliche Arbeitszeit wieder eingeführt, die wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden aber nicht vergrößert, also den freien Sonntagsabendnachmittag wieder abgeschafft.

Samacher behandelte im Anschluß an den Geschäftsbericht noch zwei für die Arbeiter der Schuhindustrie wichtige Angelegenheiten. Die eine betraf die närrische Auszahlung eines weiteren Schichtes der Zuschüsse, die während der Dauer der vertäglichen Arbeitszeit im verflochtenen Jahre zu zahlen waren. Die Fabrikanten waren damals von der Lederkontrollstelle verweigert worden, zwei Schichten der von der Lederkontrollstelle festgesetzten und durch die Fabrikanten zur Auszahlung gelangten Zuschüsse selber zu tragen. Da Reich und Staat die Erhaltung von fünf Schichten übernommen haben, so kommen angesichts jener Verpflichtung der Fabrikanten zur eigenen Leistung von zwei Schichten insgesamt sieben Schichten heraus, so daß die Fabrikanten noch zur Nachzahlung eines Schichtes an die in Frage kommenden Arbeiter verpflichtet sind, um die Bedingungen der Lederkontrollstelle zu erfüllen. Die Auszahlung des sogenannten siebenten Schichtes ist bisher von den Fabrikanten noch nicht erfolgt. Samacher regt an, daß die Arbeiterausschüsse zusammenzutreten und von den Fabrikanten die Auszahlung verlangen sollen. Falls die Auszahlung nicht bald erfolgt, wird beim Heberwachungsausschuß der Schuhindustrie Beschwerde erhoben werden.

Die Beschränkung und Zusammenlegung der Schuhwarenfabriken betraf die andere von Samacher erörterte Angelegenheit. Samacher legte die imgehenden ergangenen gesetzlichen Bestimmungen dar und hob dann die Vorschriften hervor, welche die Befolgung der Arbeitsverordnungen betreffen. Unter anderem ist vorgeschrieben: Die weiteren Betriebe, also die nach der Beschränkung und Zusammenlegung verbleibenden Betriebe, haben bei Einstellung weiterer Arbeitskräfte in erster Linie die in den festgelegten Betrieben des fraglichen Bezirks beschäftigten gewesenen Personen zu übernehmen. Die wöchentliche Arbeitszeit darf bis zum Erlaß anderer Bestimmungen im ganzen Reich 54 Stunden nicht übersteigen, was für zurückgebliebene Orte und selbst für Zentren der Schuhwarenindustrie, wie Birmensdorf, von Wichtigkeit ist, da dort noch 57 und 59 Stunden die Woche gearbeitet wird. Die von der Lederkontrollstelle bestimmten Lohnaufschläge für eingeschränkte Arbeitszeit sind so lange weiter zu zahlen, bis auch weiterhin die Arbeitszeit gegenüber der normalen eingeschränkt werden muß. Es folgte eine kurze Diskussion, namentlich über berufliche Angelegenheiten. (Vorwärts.)

Eingefandt.

Wom Deutschen Wohnungsaufschuß wird geschrieben: **Sichert die Rincgartern!** Die Kriegsverhältnisse haben bekanntlich eine ungemein starke Entwidlung des Kleinrentenwesens geregelt und überhaupt den Hunger der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land, das sie selber bebauen kann, in weitem Umfang geweckt. Es ist aber zu erwarten, daß diese starke Nachfrage der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land auch nach Friedensschluß andauern wird. Schon die hohen Lebensmittelpreise und die Lebhaftigkeit des nun einmal erwachten Wunsches nach Leben und Tätigkeit im Freien werden dafür sorgen. Andererseits werden aber die Schranken, die einer pflichtlosen Preisaufhebung des in Frage kommenden Landes durch die Eigentümer des noch entzogenen, mit Friedensschluß zum großen Teile fallen. Vieles sind Pachterträge mit niedrigen Preisen für die Kriegsjahre abgeschlossen, die dann billiger werden, und ganz allgemein wird dann der moralische Zaun fallen, den jetzt doch der Ernst des Krieges der Preistreiber angelegt. Es ist also dringende Gefahr vorhanden, daß nach Kriegsende große Preiserhöhungen des für die städtische und gewerbliche Bevölkerung benötigten gärt-

nerischen und landwirtschaftlichen Geländes eintreten; daß sich eine lebhaftige Spekulation entwickelt und daß die letzten schönen Ansätze durch eine unheilvolle Entwicklung in der Zukunft wieder weggeführt werden. Das darf aber nicht geschehen und dagegen muß jetzt schon Vorkehrungen getroffen werden. Abhilfsmittel bieten so auch mancherlei zur Verfügung, z. B. die dauernde Ueberführung von möglichst viel Land durch Ankauf usw. in öffentliche und gemeinnützige Hände, planmäßige Vereinbarungen mit den Eigentümern über Preise und Verpachtung des Landes usw. für längere Zeit durch die Gemeindeverwaltungen und andre Stellen von Einfluß und Erfahrung, ebenso auch Verpachtung größerer Landflächen durch die Gemeinden auf längere Zeit. Auch die dauernde Ausnahme der Kleingartenkolonien in die Bauabzugspläne und überhaupt die entsprechende Gestaltung der Bauabzugsbestimmungen ist berufen eine Rolle zu spielen. Endlich kommen auch die Festsetzung von Höchstpreisen u. dgl. auf Grund der vom Bundesrat in der Kriegszeit erlassenen Verordnungen in Betracht. Auf alle Fälle muß geübt werden ein Damm errichtet werden, um das so sehr begonnene Werk der Wiederannäherung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung an den Boden zu sichern und ihm eine weitere Entfaltung möglich zu machen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 20. April bis 6. Mai der 18. Wochenbeitrag fällig ist.

- Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher und Konten wurden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:
- Alma Flood, B.-Nr. 52 066, eingetroten am 17. Sept. 1911 in Pegau.
 - Otto Dreifler, B.-Nr. 67 555, eingetroten am 20. Sept. 1915 in Volzenburg.
 - Emma Schönfeld (Rast), eingetroten am 11. September 1916 in Burg.

Wienberg, den 28. April 1917.

Der Vorstand.

Aus unserem Beruf.

Ziege & Cie., Schuhfabrik (A.-G.), Kornwestheim erzielt in jedem Geschäftsjahre einen Reingewinn von 1 400 440 Mk. aus dem die Aktionäre eine Dividende von 7 Prozent bekommen. 7 173 Mk. werden der gesetzlichen Reserve zugewiesen, 360 500 Mk. für die Kriegsteuer usw. zurückgestellt und 88 954 Mk. erhalten Aufsichtsrat und Vorstand als Anteile, 205 814 Mk. werden auf neue Rechnung vertragen.

Einige aus Papiergarn. In Mühlhausen i. C. hat die Kriegswirtschaft für Frauen ein Verfahren zur Herstellung von Haarschuhen aus Papiergarn übernommen, mit der 400 Frauen beschäftigt werden sollen. Die Stadt Mühlhausen, Danten usw. zeichneten je 3000 Mk. zur Unterstützung der Betriebsmittel. Im ganzen Reich sollten Abklagestellen zum Verkauf dieser papiernen Haarschuhe errichtet werden. Vorsitzender des Unternehmens ist der Mühlhäuser Bürgermeister.

Die Regelung des Schuhnägelgeschäfts. Die Metallfabrik in Berlin liefert für die Schuhnägel das nötige Eisen und der Verkauf derselben an die Schuhfabriken und Schuhmachereier ist dem Reichsverband deutscher Schuhhändler in Berlin übertragen. Die Schuhfabrikindustrie erhält ihren Schuhnägelbedarf direkt zugewiesen.

45 Prozent Gewinnzuschlag auf Schuhwaren im Kleinhandel gestattet: die Gutachterkommission für Schuhpreise, so daß ein paar Schuhe bei einem Einkaufspreis von 21 Mk. auf 30,50 Mk. zu kommen. Vor dem Kriege konnte man für den jetzigen fünfjährigen Umlaufgewinn von 9,55 Mk. die ganzen Schuhe haben.

Für die 6. Kriegsanleihe zeichneten Wallenstein-Oberb. der Vorsitzende des Schuhfabrikantenverbandes 250000 Mk. (mit früheren Zeichnungen zusammen 1070000 Mk.), Schuhfabrikant Zeibel in Hauenstein (Pfalz), Schuhfabrikant Wolff-Birmensdorf, Hens-Birmensdorf, Eich-Stuttgart, Schuhhändler Nübel-Frankfurt a. M. und Schuhhändler Hübner-Mannheim je 100 000 Mk., Schuhfabrik Hauenstein & Cie. in Gumbrecht 500 000 Mk., Lederfabriken zeichneten bis zu 1 Million, 11 200 000, 1 425 000 Mk. und 3 Mill. Mk., diese Heut in Worms.

Schuhmacher. Die Schuhhändlerin Wegner in Anklam wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt, weil sie Schuhe, die sie für 4,50 Mk. gekauft, für 13,50 Mk. verkauft hatte.

10 000 Paar Holzschuhe vergab der Freiburger Stadtrat an die Schuhfabrik Emmendingen von Böllner und ca. 200 Paar an das Schuhhaus Smeber in Freiburg. Der Wert dieser Bestellungen beträgt 140 000 bis 160 000 Mk.

Die Bedarfregelung in Ungarn. Die ungarische Regierung hat eine Schuhzentrale errichtet, in der Schuhfabriken, Schuhhändler und auch die Konsumenten vertreten sind. Es sind ihr alle Schuhverträge anzumelden. Weiter ist der Verkehr mit Lederfabriken und Wollfabriken beschränkt worden.

Die holländische Schuhindustrie leidet nun ebenfalls unter der Verknappung und Verteuerung, die durch Spekulation und Wucher verursacht wird. Wegen der Robbenknappheit hat die Regierung die Arbeitszeit in den Fabriken beschränkt. Die Schuhfabrikanten beschloßen in ihrer Verbandversammlung eine abermalige ansprechliche

Ehrentafel
für unsere im Felde gefallenen Mitglieder
Tuttlingsen. Wilhelm Liebermann, Wilhelm Seydel beide gefallen.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacherwerkzeuge** losen erschienen. — Versand gratis und franco. — E. Wöglé, Berlin, Lothringersiraße 83.

Handstanzmesser
Größe I 7,50 Mk. — II 7,00 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 590 Amt Ostlig.
Theo Dreuer, Wertheim b. Golligen.

Herren- und Damenarbeiten
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Willy Schütz,
Wann a. Rh., Beckstr. 14.

Auf den Schlachtfeldern des graufigen Völkermordens fielen die Kollegen
Ernst Bading
Otto Lüderig
Ernst Müller
Gustav Paul
Karl Griefe
Willi Steff
Ferner Karben
Mag Schestow
Frau Rettger
Frau Hofrichter
Wir verlieren in den Dabinggebliebenen treue Mitglieder des Verbandes und werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung Burg b. M.

Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 18.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Die Rechte der Frauenarbeit.

Die Frauenarbeit hat während des Krieges eine große Rolle gespielt. Wie groß diese ist, läßt sich allgemein nicht angeben. Jedenfalls aber sind Millionen von Frauen und Mädchen mehr in Industrie, Handel, Landwirtschaft und Verkehr tätig, als es vor dem Kriege der Fall war. Die Frauen haben Beweise erbracht, die ihnen vor dem Kriege nicht nur deshalb verweigert waren, damit sie den Männern nicht die Arbeit wegnehmen, sondern auch und vor allem aus dem Grunde, weil man sie körperlich und geistig ungeeignet hielt, die schwere, an die Zeitgegenwart geänderten Anforderungen stellende Arbeit zu leisten, wie sie z. B. im Jahre der Straßenbahn aber gar der Berliner U-Bahn und auch von den Schiffbauern der Eisenbahn verlangt werden muß. Die Frauen haben nun die Probe während des Krieges glänzend bestanden. Aus Fabriken ist sogar berichtet, daß mit der Zunahme der Frauenarbeit die Unfälle abgenommen hätten, was darauf zurückzuführen ist, daß die Frauen sich im allgemeinen des Verkehrsgewisses halten. Sie näher wir aber dem Fräulein kommen, nach in noch Millionen von Männern aus dem Kriegesdienst zu ziehen ins bürgerliche Leben, um hier ihre spätere Bestätigung wieder aufzunehmen, nicht nicht nur die Frage, was wird aus der Frauenarbeit, sondern auch die: wird die große Ausbreitung der weiblichen Berufstätigkeit nach dem Kriege den Frauen zum Segen gereichen oder zum Fluch werden?

Es ist ganz sicher damit zu rechnen, daß die starke Zunahme der Frauenverbreitung auch nach dem Kriege in Erscheinung treten wird. In der künftigen Bestimmung der Frauenarbeit während des Krieges durch die Nationalsozialistische Partei bemerkt der „Deutsche Reichsbanner“: Da für die Hauptberufstätigen von Kriegsgenossen die weiblichen Kriegsgenossen nach dem Kriege geradezu eine Lebensbedingung vorliegen wird, Berufstätigkeit in der Industrie zu suchen, so werden diese Frauen noch weiterhin gesucht. Der „Dank des Vaterlandes“ für die im Kriege geleisteten Dienste wird also darin bestehen, daß ihre Frauen im Lande sich Arbeit und Verdienst in einer Fabrik suchen können. Aber die Frauenarbeit wird auch aus anderen Gründen zunehmen. Denn die Fabrikarbeit der Frauen entbehrt nicht einem inneren Drang der Frauen, sondern der Welt. Welt die Rot während des Krieges so groß war, hat die Frauenarbeit so stark zugenommen. Und weit damit zu gehen ist, daß nach dem Kriege es an nichts weniger fehlen wird als an Rot und Geld, wobei die Frauenarbeit in einem immer größeren Umfang nehmen. Die Gewinnverteilung der Frauenverbreitung hat jedoch auch nicht ohne Folgen eingeleitet, sondern ist eine Erleichterung der kapitalistischen Produktionsweise und notwendig mit dieser verknüpft. Die Frauen und Mädchen haben schwer gearbeitet, solange die Welt gibt: früher in der Hauswirtschaft, jetzt in der Fabrik. Das ist der Unterschied. Der Staat hat diese Entlastung zur Berufstätigkeit außer dem Hause wesentlich begünstigt und damit wird ein Problem in den Vordergrund rücken, das nicht neu ist aber nun endlich der Lösung wart.

Trotz der großen Zunahme der Frauenverbreitung ist bisher, wie die Erhebungen in allen Ländern ergeben, der Anteil der verheirateten Frauen an der Lohnarbeit außer dem Hause relativ sehr gering. In den Niederlanden betrug er nur zwei, in Dänemark und Norwegen drei, in Deutschland vier und in Dänemark sechs Prozent. In Dänemark wurden im Jahre 1906 aus der Zahl der 8028 verheirateten Arbeiterinnen gezählt, im Jahre 1911 in Dänemark 8914, in Deutschland im Jahre 1907 betragend 447 947. Von den 564 177 weiblichen Berufstätigen in Handelsgeräten, die bei der Berufszählung in Deutschland im Jahre 1917 ermittelt worden sind, waren zwar 158 181 verheiratete Frauen. Aber von diesen waren 88,5 Prozent selbständige, der verheirateten Angehörige und nur 5,7 Prozent waren in anderen Hilfsdiensten erwerbstätig. Von den Berufstätigen waren vor dem Kriege 30 Prozent bereits mit dem 18. Lebensjahre, ja 75 Prozent mit dem 25. Lebensjahre aus der Familienhaft wieder aus. Nach der Statistik von 1907 gab es nur 5595 verheiratete Berufstätigen — 3,2 Prozent.

Dieses Verhältnis wird sich nach sehr zu ungünstigen der Frauen und Mütter verhalten. Die unverschuldeten Berufsweiblichen Geschlechts waren — von den besserstehenden Frauen natürlich abgesehen — im wesentlichen auch bisher von Erwerbstätigkeit, jedoch der große Zuwachs der Frauenarbeit von den Unversicherten genommen sein nach. Seit der Zeit, zum einer halben Million verheirateter Fabrikarbeiterinnen wird es in Zukunft mindestens Millionen von Frauen geben, die der Erwerbstätigkeit außer dem Hause teilhaben müssen. Was wird dann aus dem Familienleben? Was der Hauswirtschaft und der Beschäftigung und Erziehung der Kinder?

Die verheirateten Fabrikarbeiterinnen müssen gar Zeit für doppelt Arbeit leisten. Auch der schweren Lagerarbeit in der Fabrik müssen sie die Wohnung in Ordnung bringen,

das Essen bereiten, die Kinder versorgen des Morgens — und sehr oft bis in die späte Nacht hinein! — waschen und füttern — sie kommen nicht zur Erholung und zum frohen Lebensgenuss. Und die ganze Familie leidet unter diesem Zustand, der eine geregelte Ernährungsweise, eine den modernen Anforderungen entsprechende Pflege und Erziehung der Kinder, ein behagliches Familienleben meistens unmöglich macht oder mindestens sehr erschwert. In Millionen von Arbeiterfamilien wird dieser Zustand aber nun eingetreten, wenn die Frauenverbreitung in dem Umfang, wie er sich während des Krieges ausgebildet hat, bestehen bleibt oder gar noch zunimmt.

Es ist bisher noch nichts geschehen, um den ganzen Gegensatz zwischen der weiblichen Berufsarbeit und dem Familienleben, der vor allem durch den Konflikt zwischen der Fabrikarbeit einerseits und der Mutterpflicht und Hauswirtschaft andererseits zum Ausdruck kommt, zu beseitigen oder nur zu mildern. Wohl aber wird sehr viel geschrieben über die große Notwendigkeit einer gebundenen Altersversicherung nach dem Kriege. Den Geburtenrückgang will man bekämpfen und es den Frauen zur fiktiven Pflicht machen, dem Staate möglichst viel Kinder zu schenken. Eine große Geburtenhäufigkeit bedeutet aber keineswegs auch eine große Volkserneuerung, solange die Säuglingssterblichkeit recht groß ist. Deshalb sollen auch die Frauen die Pflicht haben, den Säugling mindestens sechs Monate an der Brust zu nähren, weil das Stillen der Kinder nicht nur das wirksamste Mittel gegen die Säuglingssterblichkeit ist, sondern auch wesentlich zur Erhaltung der allgemeinen Volksgesundheit beiträgt. Und die Pflege und Erziehung der Kinder dauert doch nicht nur sechs Monate, sondern mindestens sieben Jahre! Wie soll diese „Altersversicherung“ aber im Einklang gebracht werden mit der zunehmenden Fabrikarbeit der Frauen und Mütter? Der Gang der Fabrikarbeit verheirateter Frauen auf die Kindersterblichkeit ist unbeeinträchtigt. In Gartenstädten, in denen gutentlohnte Arbeiter wohnen, bezeugen Frauen nicht beständig zu sein brauchen, verheiratete die Säuglingssterblichkeit fast vollständig. In der Großstadt hingegen, wo auch eine sehr arme Bevölkerung fast vertrieben ist, aber nur sehr wenige verheiratete Frauen in die Fabrik gehen, betrug im Jahre 1913 die Säuglingssterblichkeit nur 6,7 Prozent, gegen 15,2 Prozent in England, wo die Frauenarbeit fast vertrieben ist. Und in ganz Holland, wo nach der letzten Berufszählung nur 16,8 Prozent der weiblichen Bevölkerung erwerbstätig waren, haben im Jahre 1912 von 100 Neugeborenen nur 8,7 im ersten Lebensjahre, waren 15,1 in Deutschland im Jahre 1913. In Deutschland waren dafür aber auch im Jahre 1907 bereits 30,4 Prozent der weiblichen Bevölkerung im Erwerbsleben tätig.

Die Fabrikarbeit der Frauen und Mütter steht einer Lösung der Volksfrage, der Verbesserung der Ernährungsweise, des Wohlstandes und der Kinderpflege und -erziehung entgegen, solange nicht ein voller Erfolg für das zerstörte Familienleben, die aufgelöste Hauswirtschaft geboten werden kann. Die Volkstücken, wie sie während des Krieges entstanden sind, und die Kruppen und Kinderbewahnanstalten können die Familie nicht ersetzen und die Frauen, die in der Fabrik arbeiten, nicht von der Last der hauswirtschaftlichen Arbeiten befreien. Die Fabrikarbeit wird deshalb auch den verheirateten Frauen zum Fluch — bis eine Lösung gefunden sein wird, welche die berufliche Arbeit mit einem gebundenen Familienleben in Einklang bringen kann. Eine solche Lösung steht aber eine andere Ordnung der gesellschaftlichen Struktur voraus: die planmäßige Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, des Sozialismus!
Günther Müller.

Ueber die Lage der Handschuhnäherinnen

berichtet die „Arbeiter-Zeitung“, daß der Zentralvorstand des Verbandes an die Leitung des Verbandes Deutscher Lederhandschuhfabrikanten zu dem Zweck gewandt hat, seinen Einfluß hinsichtlich einer besseren Entlohnung der Handschuhnäherinnen geltend zu machen. Das Schreiben führt aus, daß die bei der Handschuharbeit und ganz besonders bei den Nähfabriken beschäftigten Arbeiterinnen ganz zweifellos mit den stärksten entlohnenden Arbeiterinnen aller Berufe gehören. Weiter heißt es: „In der ganz erheblichen Verbleiberminderung, die durch die Verminderung der Produktion verursacht wurde, trat infolgedessen ganz bedeutenden Werteverminderung des Nähmaterials, das bekanntlich in den meisten Fällen den Näherinnen am Lohn abgerechnet wird, eine weitere sehr fühlbare Lohnverschlechterung, die in der jetzigen Zeit der allgemeinen, alles Maß überschreitenden Teuerung sich doppelt fühlbar macht. Während fast ausnahmslos die übrige Arbeiterkraft mehr oder weniger unter Berücksichtigung dieser Teuerung erhebliche Lohnverbesserungen erzielte, hat diese Kategorie von Arbeiterinnen mit wenigen Ausnahmen eine in jetziger Zeit unerbittliche Lohnverschlechterung erfahren müssen. Im diesem Hinsicht sind zu begreifen, hatten wie in Lohnangelegenheiten

unter Mithilfe des dortigen Bürgermeisters Verhandlungen mit den Inhabern von Nähfabriken, welche 1. einen Ausgleich für die Werteverminderung des Nähmaterials, 2. eine Erhöhung des Nählohnes um 20 Pf. pro Duz. anstrebten. Die Unternehmer konnten die volle Berechtigung dieser Forderung nicht bestritten, mußten diese vollständig anerkennen, erklärten sich aber anstandslos, ein Entgegenkommen zu zeigen, wenn nicht ihre Auftraggeber, die Herren Handschuhfabrikanten, ihnen die entsprechende Erhöhung des Nählohnes bewilligen. Bis jetzt sei es ihnen unmöglich gewesen, eine Erhöhung des Preises für die Nacht durchzusetzen.

Das Ergebnis der Verhandlungen, das vom Völkermittler zu Protokoll genommen wurde, war, daß seitens der Arbeitnehmer durch ihre Verhandlung — die überwiegende Mehrzahl der Lohnangelegenheiten Handschuhnäherinnen ist in unserem Verbandsorganisiert — mit der Leitung des Verbandes Deutscher Lederhandschuhfabrikanten in Verbindung getreten werden soll, um letztere darum zu ersuchen, durch Rundschreiben oder auf sonst geeignete Weise auf die Handschuhfabrikanten einwirken zu wollen, daß diese eine Erhöhung der Nachtlohn in dem Maße bewilligen wollen, welche ermöglicht, die verschiedenen Forderungen der Handschuhnäherinnen in Lohnangelegenheiten erfüllen zu können.“

Es wird dann die Leitung des Fabrikantenverbandes um die Einleitung solcher Schritte gebeten, ausgehend von der Annahme, daß sie selbst der Sache sympathisch gegenüberstehe, indem ja bereits an einigen Orten, wo die Näherarbeit direkt an den Fabrikanten geliefert wird, von diesen gleich den männlichen Arbeitern prozentuale Teuerungszuschläge zum Nählohn bewilligt wurden. Lohnangelegenheiten ist zwar der Hauptplatz in der Handschuhnäherarbeit, da aber die Lage der Näherinnen überall die gleich ungunstige ist und ihre Entlohnung mit der Werteverminderung des Lohnunterwertes ausgedehnt mehr im Einklang steht, wünscht unsere Verhandlung die Ersuchen auf alle Plätze, nach welcher Handlohnanspruch vorzulegen wird, ausgehend und durch die Leitung des Fabrikantenverbandes tatkräftig unterstützt und gefördert.

Das Schreiben des Zentralverbandes datiert vom 16. April, bereits unterm 19. April lief vom Verband Deutscher Lederhandschuhfabrikanten eine zugehende Antwort ein. Es werden dessen Mitglieder in einem Rundschreiben angefordert, den durch die Werteverminderung des Nähmaterials veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und den Fabrikanten eine angemessene Erhöhung des Nählohnes zu gewähren.

Hoffentlich hat das in diesem Sinne gemeinschaftliche Vorgehen der Arbeitgeberorganisation mit der untergeordneten der Handlohnfabrikanten den Inhabern der Nähfabriken Ingeklänge gemacht werden, daß dem dieselben auch den Näherinnen voll zustimmen und nicht etwa ganz oder auch nur teilweise von den Fabrikanten in die Tasche gesteckt werden. Die in Deutschland für Handlohnarbeiten direkt beschäftigten Arbeiterinnen sind einer Verbesserung ihrer Lage ebenfalls dringend bedürftig, es liegt an ihnen, daß sie sich nicht darauf verlassen, was auf die durch unsere Verhandlung für ihre Interessen eingeleitete Aktion vorausspricht, sondern es ist notwendig, daß sie selbst vorstellig werden und sich rufen. Voraussetzung dabei ist allerdings die Zugehörigkeit zur Organisation, der, wie erfreulicherweise mitgeteilt werden kann, in den letzten Monaten in Lohnangelegenheiten circa hundert Handlohnfabrikanten beigetreten sind. Die Handlohnfabrikanten dort gehen mit gutem Willen voran, mögen sie bei ihrem Kollegen in Berlin und nachher in den anderen Städten.

Die Nacharbeit der Arbeiterinnen.

Nach einem Erlaß des Reichsamts des Innern, von der preussische Handelsminister vor kurzem den Regierungspräsidenten übermittelt hat, soll die Genehmigung zur Beschäftigung weiblicher Arbeiterinnen während der Nacht in der Regel nur noch unter der Bedingung erteilt werden, daß die Arbeiterinnen nicht länger als acht Stunden arbeiten. Für die Genehmigung von Ausnahmen hat das Reichsamt des Innern besondere Richtlinien aufgestellt. Ausnahmen sollen nur von Fall zu Fall von den höheren Verwaltungsbehörden bewilligt werden.

Der Erlaß entspringt einer Anregung des Reichsamts an den Reichsanwalt, welcher im Zusammenhang mit den Bedingungen steht, unter denen nach Ansicht des Reichsanwaltes nur noch die Erlaubnis zur Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht erteilt werden soll.

In verschiedenen Betrieben ist durch das Einwirken der Gewerkschaften die achtstündige Nacharbeit bereits seit längerer Zeit üblich.

Frauenkrankheiten.

Von Frau Dr. med. Sabina Oberjeser.
(Schluß)

Die Frau muß ihrem Schicksal überlassen werden und geht unter unglücklichen Umständen in kurzer Zeit zugrunde. Wir Frauen haben nicht oft genug den Frauen einzuflößen, bei Schmerzen oder unregelmäßigen Blutungen in den Wechseljahren schmerzhaft ärztlichen Rat einzuholen. Erfolgt die ärztliche Untersuchung und die Festlegung des Leidens rechtzeitig, so kann durch eine Operation die böswürdige Geschwulst entfernt und das Leben um viele Jahre verlängert werden.

Die gewöhnlichen Wechselstörungen werden durch heisse Spülungen, kalte Sitzbäder, wecheltwarme Fußbäder, Aufenthalt in freier Luft, reizlose Kost und Sorge für guten Stuhl gütig beeinflußt. In letzter Zeit werden auch Bestrahlungen mit Röntgenstrahlen erfolgreich angewendet. Der Ausfluß kann oft bei allen Frauen eine vorübergehende Bedeutung haben, weil er eine böswürdige Neubildung andeutet, die zerstört und entfernt. Deshalb ist sofort zum Arzt, wenn ein irgendwie auffälliger, überfließender, grünlich oder rötlich gefärbter weißlicher Ausfluß sich einstellt.

Da bei allen Frauen das Fett schwindet und alle Gewebe schlaffer werden, so verlieren auch die Mutterbänder und die Bänder der Scheide ihre Elastizität und gewöhnen der Gebärmutter nicht mehr den nötigen Halt. Es kommt dann zur Senkung der Gebärmutter. Die Senkung kann so stark werden, daß die ganze Gebärmutter heraustritt und zwischen den Beinen liegt. Wenn die Frau noch rüstig ist, so wird man dieses Gebrechen operativ zu heilen versuchen, indem man die Bänder verknüpft, die Scheide verengt und den Damm verknüpft. Ist die Leidende zu alt oder kann sie sich zur Operation nicht entschließen, so kann sie Stützapparate gebrauchen, die das Organ zurückhalten.

Die Stuhlverstopfung.

Die Behandlung dieses Leidens gehört eigentlich nicht in den Rahmen unserer Aufgabe. Da jedoch die Stuhlverstopfung so häufig die Quelle von Frauenleiden ist, so rechtfertigt sich eine kurze Betrachtung dieses Leidens.

Karzinomartige sollte die Stuhlverstopfung ein- bis zweimal täglich erfolgen. Wenn wir aber die Frauen dahin befragen, so zeigt sich, daß die meisten von ihnen zwei, drei, sechs oder auch zehn Tage keinen Stuhl haben. Das führt zu schweren Schädigungen der Gesundheit. Werden die Ausscheidungsorgane des Verdauungstraktes zu lange im Körper zurückgehalten, so erzeugen ihre Ausscheidungsprodukte das Blut und die Gewebe: Appetitlosigkeit, Kopfschmerz, Müdigkeit, Blutausrast usw. Das ist die chemische Wirkung der Stuhlverstopfung. Kein Wunder, daß die im Wochenbett gesunde Muttermilch bei der Stuhlverstopfung, indem die Mutterbänder gestaut, die Blutgefäße und Nerven geschädigt werden. Der beherrschte Stuhlaustausch führt zu häßlichen Erscheinungen der Gebärmutter und damit zu unangenehmen Druckgefühlen im Unterleib, verführten Periodenstörungen und schließlich, meistens auch zur Bildung von Rindgeschwülsten, den sogenannten Rindern. Die gebildeten Rindern beinträchtigen das Wachstum. Die Behandlung des Stuhlganges ist daher außerordentlich wichtig bei der Behandlung aller Frauenkrankheiten.

Die Ursache der Stuhlverstopfung liegt in solcher Ernährung und unangenehmer Bewegung, und hier müssen wir den Hebel ansetzen, wenn wir sie beheben wollen. Das beliebte Einnehmen von Abführmitteln und Tees, deren Zahl

und jedes Jahr unendlich zunimmt, nicht auf die Dauer mit dem Apotheker, schuldig hingehen die Frauen. Der Darm gewöhnt sich rasch an jedes Mittel, und es bedarf immer neuer und immer höherer Dosen, um ihn zur Tätigkeit anzuregen, und zuletzt bewirkt nichts mehr. Darum müssen die Frauen sich mit den Grundregeln einer naturgemäßen Ernährung beschäftigen, dürfen auch nicht körperliche Leertage, Sport und Gymnastik als Luxus und Zeitverschwendung ansehen und ihre Löhner davon abhalten. Im Gegenteil, auch die Mütter sollten mitmachen und wissen, daß nicht nur dem Besitze, sondern auch dem Körper eine angemessene Pflege zufließen muß, soll der Mensch nicht verkümmern.

Behandlung der Frauenleiden.

Bei der Behandlung der verschiedenen Frauenleiden haben wir immer auch hingewiesen auf die Mittel zu ihrer Beseitigung. Wir gingen dabei von dem Grundsatz aus, daß Verhüten leichter ist als Heilen. Zukunftsweisend haben wir nochmals hervor, daß nur ein hygienisch züchtiges Verhalten, eine naturgemäße Lebensweise geeignet ist, sowohl die Frauenleiden als auch die modernen Krankheiten zu verhüten und aus der Welt zu schaffen. Es sind aber nicht die mangelnden Erkenntnisse, sondern die sozialen Zustände, die uns am stärksten hindern, unser Leben den Anforderungen der Hygiene anzupassen, und diese sozialen Zustände sind auch daran schuld, daß so wenig zur Bekämpfung hygienischer Erkenntnisse getan wird.

Man könnte meinen, daß gerade der Staat das größte Interesse daran haben müßte, die heranwachsende Generation schon in der Schule mit dem nötigen Wissen in der Gesundheitspflege auszurüsten. Nichts der Art geschieht. Und mit gutem Grunde. Sollte der Staat schon in der Schule verhindern lassen, welche Forderungen die Hygiene in bezug auf Wohnung, Ernährung, Arbeit, Schlaf usw. erhebt, so würden bereits die Kinder erfahren, daß die Lebensweise, zu der sie sich im Alter gewöhnen sind, diesen Anforderungen im Geiste schadet. Sie müßten die Überzeugung gewonnen, daß ihre Wohnung zu schlecht, die Kleidung unpassend, die Ernährung zu gering und einseitig, die Schlafenszeit zu kurz bemessen ist, daß für Körperpflege, Erholung und Lebensfreude ihnen die Mittel und die Zeit ganz fehlen. Die Kleinen und Großen werden bald einsehen, daß in dieser besten aller Zeiten die meisten Menschen — und in erster Linie diejenigen, die alle Güter schaffen — dazu verurteilt sind, früher oder später krank zu werden, ein qualvolles Leben zu ertragen und allzu früh zu sterben. Diese Erkenntnis müßte den Willen reifen, eine solche naturwidrige Gesellschaftsordnung zu beenden. Daher vermeidet es der Staat möglichst, auf diesen wie auf anderen Gebieten nicht zu verweilen, er irrt in Unkenntnis danach, bis große Kräfte in Unmöglichkeit und Unklarheit zu befallen.

Aber, die wir das Elend und die Not, die Unwissenheit und die Krankheit aus der Welt schaffen wollen, wir müssen es wagen: nicht die Natur macht in den weitaus häufigsten Fällen die Menschen krank, sondern das tun die ungeschunden gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die meisten leben müssen. Der lange Sohn, der weder gesunde Wohnung noch ausreichende und vernünftige Ernährung findet, die schon im Säuglingsalter einseitige Nahrung, die lange Arbeitszeit — namentlich der Frauen — der mangelhafte Schlaf, die ungenügende Pflege in Schwangerschaft und Wochenbett, die Vergiftung durch Alkohol und Narkotika, die das alles und manches andere ist noch schuld an dem leidenschaftlichen Leben und dem allzu frühen qualvollen Tod ungeschöpfter

Frauen. Nicht Trübsinn aus der leidenschaftlichen Liebe kann mit dem die niedrigste Wissenschaft die Leiden zu heilen versucht. Keine Pillen und Pulver vermögen dem durch die mühsame Arbeit und Entbehrungen jeder Art geschwächten Organismus aufzuheben, und kein Arzt vermag auf die Dauer dasjenige zu verschaffen, was natürliche Hilfe bringt: die Luft und richtige Nahrung, vernünftige Arbeitszeit und reichenden Schlaf. Deshalb muß er auf die Wirkung seiner Richtigungen verzichten, ähnlich wie die Kirche mit dem Himmel auf ein besseres Jenseits über das Elend dieses Lebens hinwegzutrotzen sucht. Wenn wir noch auf Erden fest stehen wollen, dann müssen wir die Verhältnisse so umgestalten, daß ein jeder die Möglichkeit bekommt, vollständig und geistig zu arbeiten. Dann werden auch die Krankheiten mehr und mehr verschwinden, und die Ärzte werden überwiegend ganz andere Aufgaben haben, als Rezepte zu schreiben.

Wie die Schlüsselblume entstand.

(Nach einer Legende aus dem Pölsner Lande.)

Inermittlich schloß der Petrus die Himmelstür auf und zu. Darum gab getaner Arbeit Pflege er der süßen Ruh.

Als er fest war eingeschlummert blüht ihm der goldne Schlüsselbaum ganz leise auf der Wand nach unten. Ist um die mitternachts'ge Stand.

Und fiel ihm zur Mutter Erde, auf eine Wiege leicht und grün. Die Frühlingstüte hing an jungen Ringe über Feuer und Heide hin.

So ein Mann früh durch die Welt, im Sonnenschein sich zu ergötzen; Dieser hat die goldnen Schlüssel In dem Gease blühen lassen.

Als er sich nach diesen Mühen, hing ein Wunder ihm voran: Die goldnen Schlüssel wurden Blumen, Golden, in seiner Hand ein Strauß

Petrus nun dem Seltan Hagte, Was bei ihm vorgefallen war. Dieser gab ihm neue Schlüssel Wie die alten, echt und klar.

Als er sah der Menschen Freude Ob der Himmelsschlüsselblüte, Lieh er ihnen stiel die Blumen, Erblüht im Frühlingssonnenschein

Pölsen, den 15. Februar 1917.

Redaktionschluss: Donnerstag früh 10 Uhr. Montags früh, kurze Notizen und Besprechungen des Tages früh in unseren Händen sein.

Die Redaktion.

Die Geschichte von Gannel. *)

Von Pella Molin.

Jetzt sprach Herrchen-Gannel's schöner Sohn: „Und du ich mit, mein Herr, Ihre rasche Sympathie für mich irgendwo erklären muß, so denke ich mir, daß ich Sie an etwas erinnere, was Ihnen in der Jugend fast gewesen ... an ein Gefühl voll hingebender Liebe, an eine süße Seltsamkeit ... aber ein Herz, blond und braun rote das meine ...“

Der junge Mann rebete langsam, mit gemächter Schwermüdigkeit.

„Ja, Mutter war blond wie ich, ihr Haar war blond und lockig. Sie hatte dieselben Augen wie ich. Sie haben sie wohl nicht gekannt, Herr — die Mädchen-Gannel, Gannel Björkild ...“

Der alte Herr wurde ganz blaß. Er öffnete den Mund, um etwas zu sagen, aber er schwieg.

„Doch, wer kennt die Wege und Stege, die die Menschen gehen? Sprich der Jüngling weiter. Wie kann ich wissen, wo ein Professor der Mineralogie in seinem Leben überall hingekommen ist. Wir haben in unseren Schwesbergen solch eine Eisenort.“

Er richtete ein paar funkelnd blaue Augen auf den anderen, aber sein Blick blieb unermüdet. Er sah nur ein erkranktes Gesicht, das mit den Augenlidern zwinkerte, und die Schade eines Gelehrten, die sich fest um das Geländer klammerten.

Der Dampf fuhr einen schönen Fluß hinauf zwischen hohen Ufern hin. Solchzämme floßen in gelben Kompanien weidlich. Der Kapitän hatte Freunde an seinem Punschische verarmt. Nachplänen mochten auf und nieder.

„Die alte Mutter! Sie ist schon lange tot. Es wurde

ihre zu schwer, alles zu fragen, und so drückte sie zusammen. Das war die einzige Sorge, die sie mir bereitet hat, eine Sorge voll bitterer Tränen. Ich begreife nicht, was sie am Leben hielt; manchmal glaube ich, daß ich es war, ich, ihr Sohn, aber doch wieder war ich es nicht, sondern etwas anderes, das ich nicht kenne. Ich habe es nie ganz erfaßt, das, was dahinter lag und was niemand wußte ...“

„Er ließ seinen Nachschuß weiter unter die Decke und hob seine blauen Augen gegen den anderen. — Sie sagen, Sie empfinden eine eigentümliche Sympathie für mich, obwohl Sie mich niemals gesehen. Gannel Björkild hätten Sie geliebt! Die blauen Augen ließen nicht los. Jetzt sahen sie, wie der andere gleichsam zusammenbrach und wie sein Gesicht noch starrer wurde. Dann fiel der blaue Blick auf eine elegante Reisetasche mit einer Silberplatte, auf der ein feiner Name stand. Er nickte für sich selbst. „Ja, es war ihr ein Unglück geschehen an einem schönen Sommertag ... dann kam ein anderes Unglück, und das war ein Rind — das war ich. Früher war sie wie ein helles, schönes Zaubermädel auf ihrer Alm einhergegangen, hatte von früh bis spät Sonnenschein gesungen und gebildet, so daß es funkelte und glänzte um sie her ... Ich durfte sie nie so singen hören.“ Er sah den anderen an, und dann klang seine Stimme wieder still und gedankenvoll: „Und ihm, dem ich all dies verband, ihm habe ich geschworen, sondern ich denken kann ... Ich stehe hier, und erzähle Ihnen eine Geschichte, die Sie wohl gar nicht interessiert, und die Reisenden gehen auf und ab und wandern sich, daß ein Jüngling aus den Bergen und ein feiner Herr aus Stockholm oder Upsala sich soviel zu sagen haben. Die Dörfer auf beiden Seiten gleiten vorüber in der Sommerhitze, und das Leben mag oftmals schön sein ... aber nirgend kann ich vergessen, daß ich jeden Tag einen Menschen verfluchen muß ... Ich glaube, Sie frieren mitten in der Eise, mein Herr? ... Ja, Tränen floßen über meine Wangen und wunderliche Dörfer. Liebe bekam ich im Liebermaß. Wie sie lächeln konnte und lächeln: mein Rind, mein

Rind! Das können Sie nicht begreifen. Wollten Sie einmal von ihr einen Kuß bekommen. Sie hätten es nie gegeben, ja, Gannel Björkild konnte küssen ... Gott weiß, wer es sie gelehrt.“

Der Professor warf einen tiefen Blick auf den jungen Mann und bog seine Lippen ganz langsam, tiefen Augen.

„Und es duftete immer noch Wald, wenn ich meine kleine Nase in ihrer Brust vergrub ... nach Wald und Wandern ... nach irgendeiner schönen Ferne, die empfand und genoss und niemals mit einem Namen konnte ...“

„Ich setze so deutlich mein Bergdorf! Wenn ich käufer, die in kleinen Haufen beisammen liegen, um nicht so bitter allein zu sein, wenn der Winter kalt über das Land steht. Ihre glimmenden Fenster kann man leicht für Wolfsaugen halten. Aber während der hellen Sommernächte liegen sie da wie eine Herde von Vögeln, die auf die Sonne warten ...“

„Sie haben natürlich nie von Mädchen-Gannel gehört. Wenn sie vorüberging mit ihrem nach innen gebogenen Mädchenbild und dem goldenen Busse auf dem Rücken, dann nickten die alten Bäuerinnen, und ihren Männern wurde es warm und Herz. Die Jünglinge aber wucherten sehnend.“

„Sie haben natürlich nie Gannel erzählt über — den Gott weiß, woher sie ihre Farben nahm. Eine Geschichte war violett und wehmütig mit bunten Details, die sie in der Dämmerung bewegten. Eine andere war blaugrün. Das war eine Geschichte vom Bergsee im Nebel und Herbstmorgens. Der Däber schrie gern in dieser Geschichte. — Oder sie sah da, blondhaarig und Mundvoll und verlegte den Zuhörer in eine Begebenheit, die glänzend gelb in der Sonne bewegte. Und mitten hinein konnte man den Kranich rasen hören und die Raben läuten vom Laubwalde her.“

(Fortsetzung folgt.)

*) Aus „Rindlandserzählungen“ von Pella Molin. Leipzig 1912. Verlag von Georg Meierberger.